

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am Mittwoch, dem 09.03.2022

Stadt Neumünster
Neues Rathaus
Ratssaal
Großflecken 59
24534 Neumünster

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Sami Inci

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Esther Hartmann
Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Hasan Horata
Herr Klaus-Dieter Iwers
Herr Fatih Mutlu
Frau Babett Schwede-Oldehus

Bürgerschaftsmitglieder

Herr Philipp Beutler
Herr Dr. Johann Oltmann Schröder
Frau Harmke Janssen
Frau Marianne Lingelbach

Beratendes Mitglied

Herr Holger Karl-Schostag

Außerdem anwesend

KAG der freien Wohlfahrtsverbände
Geschäftsführer Jobcenter Neumünster
Diakonie Altholstein
Therapiehilfe
Therapiehilfe
Stadtteilbeiratsvors. Faldera
Forum der Vielfalt
2 Zuhörer-/innen
1 Pressevertreter

Herr Heinrich Deicke
Herr Thorsten Hippe
Frau Vanessa Trampe-Kieslich
Herr Steffen Clausen
Herr Bozkurt Arslan
Herr Werner Didwischus
Frau Natali Schnar

Von der Verwaltung

Erster Stadtrat
FDL 40
FDL 50
FDL'in 53
FD 03 - Sozialplaner
FD 03 - Präventionsmanager Armut
FD 03 - Geschäftsführerin SGA
Personalrat

Herr Carsten Hillgruber
Herr Marco Thies
Herr Sönke Winter
Frau Dr. Alexandra Barth
Herr Arne Bollen
Herr Felix Brümmer
Frau Gudrun Folchert
Frau Dörthe Bökemeier

Abwesend:

Beratendes Mitglied

Frau Melanie Kalz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 09.03.2022
4.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2022
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
7.	Bericht über das Projekt "Streetwork Neumünster" der TherapiehilfegGmbH
8.	Projekt Ambulante Wohnbetreuung - mündlicher Sachstandsbericht des Diakonischen Werkes Altholstein
9.	Bericht des Geschäftsführers des Jobcenters Neumünster
10.	Sachstandsbericht Coronapandemie
11.	Auswirkungen der Corona-Pandemie Sachgebiet III bei den Zielgruppen, auf die Arbeitsorganisation und Mitarbeitenden sowie auf die Arbeitsergebnisse Vorlage: 0456/2018/MV
12.	Integrationskonzept und Handlungskonzept EU-Zuwanderung; hier: Projekt zur Unterstützung benachteiligter Menschen auf dem Wohnungsmarkt (Integrationsprojekt Wohnen) Vorlage: 1025/2018/DS
13.	Mitteilungen

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:01 Uhr, begrüßt die Anwesenden und verpflichtet Herrn Philipp Beutler als neues bürgerschaftliches Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 09.03.2022
-----	---

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 09.03.2022 wird einstimmig genehmigt

4 .	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2022
-----	--

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 26.01.2022 wird einstimmig angenommen.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Anträge und Anfragen sind nicht vorhanden.

7 .	Bericht über das Projekt "Streetwork Neumünster" der Therapiehilfe gGmbH
-----	--

Der Vorsitzende bittet die beiden Mitarbeiter der Therapiehilfe um ihren Bericht.

Lt. Herrn Clausen und Herrn Arslan sei es erstaunlich gewesen, dass die Nachfrage im Winter nicht abgeflacht sei. Als großes Problem habe sich das Finden von Wohnungen gezeigt. Als Beleg für die Akzeptanz bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen sei das Mitbringen anderer Betroffener zu werten. Im Vicelinviertel fehle den jungen Menschen ein öffentlicher Treffpunkt. Als hilfreich würden seitens der Streetworker öffentliche Trainingsmöglichkeiten, z.B. Freelethics-Areale, angesehen werden.

Nach dem Bericht besteht Gelegenheit für Fragen.

Frau Janssen erkundigt sich nach einer Altersbegrenzung und Herr Clausen berichtet, dass die Bandbreite bei den Kontakten zwischen 12 und 29 Jahren liege.

Frau Schwede-Oldehus möchte wissen, ob es gelänge, viele der jungen Menschen in Therapie zu bekommen. Die Antwort lautet, dass es durchaus einige Erfolge gebe und dass viele Betroffene Zeit und teilweise wiederholt Anläufe zur Bewältigung bräuchten.

Herr Inci erkundigt sich nach der Struktur der Beratungsbegleitung, nach Fallzahlen und nach Netzwerkarbeit.

Es gebe kein klassisches Case-Management, sondern eine Mischung zwischen Bearbeitung durch die Streetworker selbst, z. B. dem Erstellen von Anträgen, sowie Übergabe an andere zuständige Stellen.

Fälle von Kinder- und Jugendprostitution seien nicht bekannt.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht.

8 .	Projekt Ambulante Wohnbetreuung - mündlicher Sachstandsbericht des Diakonischen Werkes Altholstein
-----	--

Der Vorsitzende gibt Frau Trampe-Kiesling Gelegenheit zur Vorstellung des Projektes.

Sie berichtet, dass die Anmietung von Wohnungen über die Diakonie erfolge, was bedeutsam fürs Klientel sei. Die Wohnungen würden dann an die Teilnehmenden weiter vermietet werden.

Die Betreuungszeit liege bei sechs Monaten plus evtl. Verlängerung. Bewusst würden Wohnungen in allen Sozialräumen gesucht werden.

Bemerkenswert sei, dass die Personengruppe der Kinder bei 27 % liege.

Das Projekt habe bewirkt, dass eigene Mietverträge abgeschlossen werden konnten und besonders erwähnenswert sei, dass hiernach auch alle Betreffenden Arbeit gefunden hätten. Oft kämen die Menschen aus langer Wohnungslosigkeit und schafften mittels des Projekts wieder Wohnen und Arbeiten - so entstehe für die Menschen ein Rahmen, der wieder Lust aufs Leben mache. Die Nachfrage sei riesengroß. Nach einem Wechsel in ein eigenes Mietverhältnis gebe es eine Nachbetreuung.

Neumünster sei Vorreiterin; in Kiel und Lübeck gelänge diese Entwicklung leider nicht.

Nach dem Bericht gibt es Gelegenheit für Fragen.

Frau Trampe-Kieslich berichtet, dass nicht genügend Wohnungen zur Verfügung stünden.

Das Klientel reiche von Einzelpersonen bis zu mehrköpfigen Familien.

Der Vorsitzende dankt für die Berichterstattung.

9 .	Bericht des Geschäftsführers des Jobcenters Neumünster
-----	--

Herr Hippe erhält vom Vorsitzenden das Wort und stellt seinen Jobcenter- Bericht vor.

Corona-bedingt sei es zu begrüßenswerten Umorganisationen gekommen. So laufe die Terminvergabe im Viertelstundentakt für beide Seiten – Publikum und Jobcentermitarbeitende - sehr angenehm, und Vieles sei auf digitale Weise möglich.

Sehr gut angenommen werde der „Bildungsgutschein“.

Erfreulich sei der auf 43 % gestiegene Frauenanteil bei den Beschäftigungsverhältnissen nach dem Teilhabechancengesetz. Außerdem gebe es 37 % Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse und eine erfreuliche Anzahl im Tarifbereich.

Für die Menschen, die SGB II bezögen, sei rechtlich garantiert, dass die Heizkosten übernommen werden würden. Kostensteigerungen würden hier die Kommunen betreffen.

Es werde ein anrechnungsfreier Zuschuss i.H.v. 100,00 Euro pro Person Corona bedingt gewährt. Ob es zu einer Erhöhung der Regelleistungen kommen werde, sei Herrn Hippe nicht bekannt.

Frau Hartmann erkundigt sich nach den Stromkosten, wenn Durchlauferhitzer vorhanden seien, und Herr Hippe teilt mit, dass es beim Mehrbedarf für Warmwasser ggf. zu Einzelfallprüfungen käme. Außerdem werde im Falle eines Preisanstiegs bei den Stromkosten geprüft, inwieweit anderweitige Forderungen ausgesetzt werden könnten.

Erfreulich seien laut Herrn Hippe die gesunkenen Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften sowie beim Langzeitbezug.

Die Neuregelung des Jobcenter-Zugangs trage deutlich zu einer Entspannung bei, und es gebe zzt. keine Angriffe auf Mitarbeitende.

Der Vorsitzende spricht sich für eine Diskussion hinsichtlich der Anpassung von Regelsätzen vor dem Hintergrund der aktuellen Preissteigerungen aus. Er bittet Herrn Hippe darum, dieses mitzunehmen.

Außerdem erkundigt sich der Vorsitzende nach den Auswirkungen der Erhöhung des Mindestlohns.

Herr Hippe führt aus, dass er um eine Diskussion hinsichtlich der Erhöhung von Regelsätzen wisse.

Der Sprung beim Mindestlohn auf 12,00 Euro sei groß und er erwarte, dass dadurch Ein- und evtl. auch Zweipersonenhaushalte aus dem Bezug fallen könnten.

Lt. Herrn Hippe sei das Widerspruchsaufkommen geringer geworden, weil es zzt. bei den Kosten der Unterkunft nicht mehr zu Absenkungen käme und bei den Sanktionen eine Prüfung vorgeschaltet werde.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber dankt den Jobcentermitarbeitenden für die gute Arbeit und hebt die Vorzüge der Digitalisierung des Eingangsbereiches hervor.

Bezüglich der Steigerung der Energie- und Heizkosten weist er auf die Regelung der Bundesregierung einer Einmalzahlung i.H.v.135,00 Euro für eine Person, 175,00 Euro für zwei Personen, ff. beim Bezug von Wohngeld hin. Dies schaffe ebenfalls Entlastung. Die Zahlung erfolge voraussichtlich im Sommer; in Neumünster seien ca. 1.100 Haushalte

betroffen.

Herr Beutler erkundigt sich nach der Attraktivität des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins, und Herr Hippe führt aus, dass durch einen bunten Angebotsstrauß individuell passende Lösungen ermöglicht werden würden.

Lt. Herrn Deicke sei es zu begrüßen, wenn Menschen aus dem Leistungsbezug fielen.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht.

10 .	Sachstandsbericht Coronapandemie
------	----------------------------------

Der Vorsitzende gibt das Wort an Frau Dr. Barth weiter.

Sie führt aus, dass es zzt. wesentlich mehr Corona-Fälle gebe und dass die aktuelle vorherrschende Omikron-Variante zwar deutlich ansteckender, jedoch glücklicherweise weniger gefährlich sei. Dies sei gut für die Immunisierung der Bevölkerung.

Im Fachdienst 50 werde jedoch weiter mit FFP2-Masken gearbeitet, um die Arbeits- und Einsatzfähigkeit zu erhalten.

Die Lage im FEK sei zzt. entspannt.

Der Vorsitzende dankt für den Bericht und gibt Gelegenheit für Fragen.

Lt. Frau Dr. Barth käme es verbreitet zu Ansteckungen durch den Kontakt mit kleinen Kindern – dies sei nicht zu vermeiden.

Frau Lingelbach erkundigt sich, warum in den Altenheimen so viele ungeimpfte Menschen verstürben.

Lt. Frau Dr. Barth ließen sich viele Alte nicht mehr impfen, weil sie keine lange Lebenserwartung sähen, und teilweise seien Betreuende gegen Impfungen. Außerdem gebe es auch Impfgegner und -gegnerinnen. Die Heime selbst seien beim Thema Impfungen aktiv.

Die Anzahl der Impfdurchbrüche könne nicht mehr erfasst werden, weil es nur bis zum Herbst 2021 Kontakte zu Infizierten gab.

Hinsichtlich des ungeimpften Personals in den Alten- und Pflegeheimen und der Impfpflicht ab Mitte März für diese Personengruppe liefen vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Entwicklung Gespräche und es würde pflichtgemäßes Ermessen ausgeübt werden. Es werde eine Priorisierung erfolgen und lt. Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber werde der Fachdienst Gesundheit individuelle Entscheidungen treffen.

Hinsichtlich der Belehrungen für Menschen, die mit Lebensmitteln arbeiten, gebe es lt. Frau Dr. Barth regelmäßige Termine.

Der Vorsitzende dankt für den Vortrag.

11 .	Auswirkungen der Corona-Pandemie Sachgebiet III bei den Zielgruppen, auf die Arbeitsorganisation und Mitarbeitenden sowie auf die Arbeitsergebnisse Vorlage: 0456/2018/MV
------	---

Der Erste Stadtrat Hillgruber erhält vom Vorsitzenden das Wort und führt kurz in die Vorlage ein.

Anschließend bittet er Herrn Brümmer um nähere Erläuterungen.

Lt. Herrn Brümmer sei es in allen Fachdiensten zu einer Belastungssteigerung gekommen. Es sei alles ermöglicht worden, um Leistungen bedarfsgerecht anzubieten.

Die Dauerkrise habe gezeigt, dass sich ein Mangel an Präsenz nachteilig auswirke; insbesondere im FD 03 mit seinen vielen koordinierenden Aufgaben habe sich dies ausgewirkt.

Beschluss:

Kenntnisnahme

12 .	Integrationskonzept und Handlungskonzept EU-Zuwanderung; hier: Projekt zur Unterstützung benachteiligter Menschen auf dem Wohnungsmarkt (Integrationsprojekt Wohnen) Vorlage: 1025/2018/DS
------	--

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber weiter, der die Vorlage und ihre Ziele erläutert.

Im Anschluss gibt es Gelegenheit für Fragen und eine Diskussion.

Lt. Frau Schwede-Oldehus habe es ein vergleichbares Projekt der AWO bis Ende 2020 gegeben. Hierzu fehlten Informationen. Frage sei auch, was nach der zweijährigen Projektförderung geschehen solle? Die CDU-Fraktion habe keine abschließende Beurteilung vornehmen können und werde sich demzufolge enthalten.

Frau Layden legt dar, dass es im Anschluss an das Projekt der AWO keine Finanzmittel und keine politische Entscheidung gegeben hätte. Der Bedarf sei jedoch riesig. Nun stünden finanzielle Mittel bereit, und eine politische Entscheidung werde angestrebt.

Frau Lingelbach äußert für ihre Fraktion ebenfalls, dass Berichte über das Projekt bei der AWO fehlten.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber erhält das Wort vom Vorsitzenden und legt dar, dass es um keine Stelle bei der Stadt gehe und dass es sich beim Betrag i. H. v. 117.000 € um Landesmitteln handle und der städtische Haushalt nicht belastet werde.

Frau Lingelbach teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Für Frau Hartmann und ihre Fraktion sei ausschlaggebend für die Zustimmung, dass die Finanzmittel über das Finanzausgleichsgesetz bereit stünden.

Der Vorsitzende regt einen Bericht über das ausgelaufene Wohnbetreuungsprojekt der AWO im Sozial- und Gesundheitsausschuss an und lässt abstimmen.

Beschluss:

Es wird zugestimmt, die Personal- und Sachkosten für den Einsatz einer Vollzeitstelle (39 Stunden pro Woche) im Projekt zur Unterstützung benachteiligter Menschen auf dem

Wohnungsmarkt für den Zeitraum 01.05.2022 bis 31.12.2023 in Höhe von 117.000 Euro bei einem freien Träger zu bezuschussen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Beschluss:

beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:

Ratsversammlung

13 .	Mitteilungen
------	--------------

Der Vorsitzende sei wegen des Kriegs in der Ukraine tief bewegt und appelliert, als Folge des Krieges keine soziale Spaltung zuzulassen.

Die Unterstützung für die aus der Ukraine stammenden Menschen werde den Ausschuss sicher in Zukunft noch beschäftigen.

f. d. Richtigkeit

gez. Sami Inci
(Ausschussvorsitzender)

Gudrun Folchert
(Geschäftsführerin SGA)